

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernau Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postfachkonto: Leipzig 21008.
Circulose Riesa Nr. 22.

Nr. 143.

Mittwoch, 22. Juni 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 1.— Mark ohne Postgebühren, bei Bestellung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühren. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43. zum dritte, 1. zum hohe Grundbesitz-Beilage (7 Blätter) 1.10 Mark, Oetopreis 1.— Mark; jeittraudender und tabellarische Log 10%, Aufsätze, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 80 Pf. feste Karte. Verlässiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Kontos gerät. Zahlung- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Anzeigensbeilage „Sachverhalte an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: P. P. & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weichstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Hedwig Sähnel, Riesa; für Postamt: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

In der Woche vom 21.—26. Juni 1921 und zwar vom 22. ab sollen auf Abchnitt 159 der roten und grünen Nahrungsmittelliste je 1/2 Pfund Griech zur Verteilung kommen.

Der Preis beträgt für 1 Pfund Griech 1.90 M.
Die Entnahme hat bis spätestens den 29. 17b. Mts. zu erfolgen.
Kommunalverband Großenhain, am 21. Juni 1921.

Wird das hiesige städtische Krankenhaus und Armenhaus ist die Fleisch- und Backwarenlieferung, sowie die Lieferung von Brot und weißer Backware auf das 2. Halbjahr zu vergeben.

Vertikales und Süßliches.

Riesa, den 22. Juni 1921.

Blinden-Quartett. Wie aus dem Angekündigten hervorgeht, findet der allertags so beliebte Quartettabend in Riesa im Hotel Köhler morgen Donnerstagabend 8 Uhr einmalig statt. Die Mitwirkenden sind erste Kräfte und sämtlich erblindet! Zudem wird den ihres Augensichtes Beraubten unser warmes Mitgefühl nicht verlanen können, sei ihnen angesichts des in Riesa nur einmalig stattfindenden Quartettabends ein volles Haus gewünscht.

Sportfilmabend. Die Vorführungen der Sportfilme über Leichtathletik und Fußball, die morgen Donnerstag abends 6 Uhr für Jugendliche und Knaben, 8 Uhr für Erwachsene im Zentral-Vielzwecktheater in Gröbba stattfinden, werden vom Riesauer Sportverein für die Allgemeinheit veranstaltet. Es hat also jedermann Zutritt, gleichviel ob er dem Riesauer Sportverein oder irgend einem anderen Sportverein angehört oder nicht. Es wird empfohlen, die Karten möglichst schon im Vorverkauf zu entnehmen, damit bei etwaiger Ueberfüllung der 8-Uhr-Vorführung eine weitere Darbietung angegeschlossen werden kann. Die Preise sind sehr niedrig gehalten, um der Veranstaltung einen möglichst starken Besuch auch durch die dem Sport ferneren Kreise geben zu können. Die Eintrittspreise sind auf 6 Uhr festgesetzt, auf 8 Uhr 20 Pf. Die Karten sind im Sportverein Riesa und seiner Umgebung zu haben. Mitglieder des Vereins sind im Vorverkauf zu haben.

Sportliche Wettkämpfe. Nächsten Sonntag finden in Riesa sportliche Wettkämpfe statt. Daran kann jeder Turner und Sportler, Mann und Frau, die eine gewisse Mindestleistung erfüllen, teilnehmen. Bis jetzt sind schon zahlreiche Nennungen erfolgt. Weitere Teilnehmer müssen sich allerdings sofort beim Sportplatz (Glad, Schützenstr. 20, melden. Die Wettkämpfe selbst werden die Vielseitigkeit des vollständigen Turnens (Leichtathletik) zeigen. Ein Besuch ist daher sehr zu empfehlen, zumal der Eintrittspreis sehr gering ist.

Der „Concessionierte Säch. Schifferverein“ feiert am 23. und 24. Juni sein 75jähriges Bestehen. Am Donnerstag findet in den „Drei Raben“ in Dresden die 76. ordentl. Hauptversammlung statt. Für Freitag ist eine Dampferfahrt von Schandau nach Dresden geplant. Der Schriftführer des Vereins, Herr Dr. Grobelenz, Dresden, hat aus Anlaß der Jubiläumsfeier eine Festschrift verfaßt, die auf die wichtigsten Ereignisse der Vereinsgeschichte eingetht und auch die allgemeine Entwicklung der Elbschiffahrt behandelt. Sie wird in allen Kreisen der Sächsischen Schiffahrt lebhaftem Interesse begegnen.

Deutsche Kinderhilfe. Vom sächsischen Landesausch „Deutsche Kinderhilfe“ wird uns geschrieben: Das Gesamtresultat der Sammlung „Deutsche Kinderhilfe“ im Freistaat Sachsen hat, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, den höchst erfreulichen Betrag von 4 1/2 Millionen M. ergeben. Den sächsischen Vertretern im Reichsausausch „Deutsche Kinderhilfe“ ist es gelungen, zu erreichen, daß der bestimmungsgemäß nach Berlin abzuführende Betrag von 20 % des Ergebnisses (= 840 000 M.) dem Freistaat Sachsen ganz verbleibt. Außerdem aber sind aus dem Reichsausauschfonds dankenswerter Weise weitere 380 000 M. — die aus dem Sammelergabe Württembergs stammen, was mit besonderem Danke erwähnt sei, — dem sächsischen Landesausch in Berücksichtigung der besonderen Kinderarmut überwiesen worden. Der 20 %-Betrag (d. i. 840 000 M.) soll nach den Wilsgebeten zur Verfügung gestellt werden, jedoch diese nochmals die Hälfte der schon erhaltenen Summen (40 %) zu erwarten haben. Der restliche Betrag von 380 000 M. soll dem Landesamt für Wohlfahrtspflege überwiesen werden, das ihn dem Vernehmen nach wiederum den Wilsgebeten je nach der örtlichen Bedürftigkeit insbesondere für Wäsche und Bekleidungsbeschaffung zugute kommen lassen will. Daß außer den obigen Summen durch die „Deutsche Kinderhilfe“ eine reiche Schokoladenpende nach Sachsen für seine Kinderheime und Wohlfahrtsauschüsse gekommen ist (24 000 kg), sei noch besonders hervorgehoben.

Erwerbslosendemonstration in Dresden. In Dresden fand eine große Erwerbslosendemonstration statt. Der Dresdener Erwerbsloserrat hatte zu einer großen Massenversammlung auf dem Schützenplatz aufgerufen, die auch von mehreren tausend Erwerbslosen besucht war. Nach mehreren Ansprachen zogen die Teilnehmer durch die Innenstadt. Die Polizei sicherte mit starkem Aufgebot den befriedeten Bankreis am Parlament. Nach dem Umzuge begab sich ein großer Teil der Demonstranten vom Wiener Platz, wo eine Rede gehalten worden war, durch die Meißner- und Raderstraße nach dem Postplatz zurück. Dort kam es zum Handgemenge. Die erregte Menge wurde nach der Annenstraße verwiesen. Der dort anwesende unabhängige Abgeordnete Henke war von den Demonstranten erkannt, beschimpft und bedroht worden. Doch gelang es der Polizei, ihn zu befreien; nachdem man tätlich gegen ihn vorgegangen war, rettete er sich durch Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen. Ein junger Mann, der vom selben Straßenbahnwagen abgesprungen

war, wurde für Henke gehalten und bis zum Fischhaus verhaftet. Die Ordnungsbeamten wurden von der Menge beschimpft, bis endlich der tumult in Ruhe kam. Auch auf dem Theaterplatz beobachtete man derartige Vorgänge. So wurde dort zum Beispiel eine Drochke angehalten und der Fahrpaß mißhandelt und der Autofahrer bedroht.

Deutscher Landwirtschaftsrat. Der deutsche Landwirtschaftsrat hielt seine 49. Plenarversammlung im Landtagsgebäude in Dresden ab. Die Tagung wurde am Dienstag morgen 10 Uhr durch den Vorsitzenden Freiherrn von Schorlemer eröffnet. Zahlreiche Vertreter der Reichs- und Landesregierungen waren erschienen. Der sächsische Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister nahmen persönlich an den Verhandlungen teil. Freiherr von Schorlemer begrüßte die Anwesenden und wies darauf hin, daß der Landwirtschaftsrat zum ersten Male außerhalb Berlins tagte. Die Aufgabe des Landwirtschaftsrates wäre es, der Regierung die Unterlagen zu unterbreiten, die für das Gelingen der Landwirtschaft eine Lebensnotwendigkeit bedeuten. Die Landwirtschaft wäre berufen, das einigende Land zwischen allen Völkern und Stämmen des Reiches zu sein. Mit warmen Worten begrüßten der sächsische Ministerpräsident und Ministerialdirektor Hoffmann als Vertreter des Reichsministers dermas die Anwesenden. Ministerialdirektor Hoffmann wies besonders auf die Notlage der deutschen Landwirtschaft hin. Nur durch eigene Kraft in gemeinsamer Arbeit mit der Regierung könnten die schweren Aufgaben gelöst werden, die ein Wiedererblühen der Landwirtschaft gewährleisten. Nach einer Reihe weiterer Begrüßungsansprachen trat die Verlesung in die Erörterung der Tagesordnung ein. Der erste Tag der Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates war vorwiegend den Steuerplänen der Reichsregierung und ihr Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion gewidmet. In scharfer Form erhoben die Redner Protest gegen eine Steuerpolitik, die es der Landwirtschaft unmöglich mache, sich von dem wirtschaftlichen Einfluß des Auslandes zu befreien. Der Vorsitzende des Reichsausauschsrates, G. L. von Braun, gab diesen Angriffen in folgendem Antrag Ausdruck, der zum Beschluß erhoben wurde:

„Nachdem das Londoner Ultimatum von der deutschen Regierung angenommen worden ist, muß der Versuch gemacht werden, die erdrückenden Forderungen der Gegner zu erfüllen, soweit dies ohne Beeinträchtigung unserer Volkswirtschaft möglich ist. Der deutsche Landwirtschaftsrat ist bereit, in diesem Sinne mitzuarbeiten und die gleichmäßige Heranziehung der Landwirtschaft zu den erhöhten Steuerleistungen zu vertreten. Er erhebt jedoch schärfsten Einspruch gegen den Plan, die Mittel zu den Reparationsleistungen durch Aufhebung einer Zwangshypothek auf allen landwirtschaftlichen Besitz aufzubringen, der dazu führen würde, daß die Erzeugung aufs schwerste beeinträchtigt und die wertvollsten Teile des deutschen Grund und Bodens dem ausländischen Kapital ausgeliefert werde. Der deutsche Landwirtschaftsrat ruft deshalb alle landwirtschaftlichen Organisationen zum geschlossenen einheitlichen Kampf gegen diese verderblichen Pläne der Regierung auf.“

Ueber die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft sprach der Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer Dr. H. L. L. Er forderte die Festlegung der Höchstpreise für Umlagegetreide auf Grund der tatsächlichen Produktionskosten und bekämpfte die Zwangswirtschaft und das Umlageverfahren als unmoralisch.

Die längsten Tage. Am heutigen 22. Juni morgens 1 Uhr ist die Sonne aus dem Zeichen der Zwillinge in das des Krebses eingetreten. Zu diesem Zeitpunkt erreicht sie ihre größte Abweichung vom Himmelsäquator, ihre größte Annäherung an den Nordpol, hatte sie für uns auf der nördlichen Erdhälfte ihren größten Tag- und kleinste Nachtbogen. Bis zum heutigen 22. Juni verlängert sich die Dauer unseres Tages noch bis auf 17 Stunden im nördlichen Deutschland, bis auf 16 Stunden im südlichen Deutschland und mittleren Ostereich. Durch unsere Morgen- und Abenddämmerungen, die nördlich des Parallels von 48 Grad 22 um die Zeit des längsten Tages zur mitternächtigen Dämmerung verschmelzen, wird die Tageshelligkeit noch erheblich verlängert. Nach dem 22. Juni beginnt wieder die Abnahme der Tagesdauer. Ende Juni hat sich der Tag im nördlichen Deutschland schon wieder um fünf Minuten, im südlichen Deutschland um 3 Minuten verkürzt. Mit dem heutigen 22. Juni, dem Tage des sommerlichen Solstitiums, des sommerlichen Sonnenstillstandspunktes, früher so benannt, weil man die Sonne an ihrem nördlichen Wendepunkt als einen Moment stille stehend glaubte, endigte für uns der Frühling, beginnender Sommer für die nördliche Erdhälfte.

Wettergeschehen der Zuderreise. In auswärtigen Zeitungen lesen wir: Die Lage auf dem Weltzuckermarkt hat sich weiterhin nach der Richtung hin entwickelt, daß die Preise eine sinkende Tendenz aufweisen;

ein Stillstand nach dieser Richtung hin ist vorläufig noch nicht abzusehen, es sei denn, daß ganz besonders unglückliche Ereignisse in den Erzeuger- und Abnehmerländern eintreten.

Die Arbeitsmarktlage in Sachsen hat sich im Monat Mai im ganzen genommen weiter verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist bei 62 berichtenden Arbeitnehmern von Anfang April bis Anfang Mai von 75 540 auf 66 630 gefallen. Der Rückgang zeigte sich außer in der Landwirtschaft, die noch 2200 Arbeitskräfte aufnahm, namentlich im Berggewerbe. Auch die Metallindustrie, das Zinnhüttengewerbe, sowie die sonstige Lohnarbeit verzeichnete eine Abnahme der Arbeitslosen. Nur im Bergbau steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen von 2990 Teilnehmern von 127 auf 216. Der Rückgang der Zahl der Teilnehmer fand auch im Berichtsmonat meist ohne Zunahme der Teilnehmerzahl gegenüber.

Freifahrten der Eisenbahnbeamten. Die Handelskammer Dresden wandte sich beim Reichsverkehrsministerium gegen die weitgehende Zulassung von Freifahrten für Eisenbahnbeamte und deren Angehörige. Bei der jetzigen schlechten Finanzlage der Eisenbahn und der hohen Belastung des Reichs- und Vorortverkehrs durch die Tarifserhöhungen ist es höchstbedauerlich nicht zu verhindern, daß derartige weitgehende Ausnahmen gemacht werden. Mit denselben Recht könnten dann auch andere Beamtenklassen, wie die Post- und Steuerbeamten usw. Vergünstigungen verlangen, was selbstverständlich ebenfalls ausgeschlossen ist. Die Gehälter der Eisenbahnbeamten seien jetzt auf Grund der Reichsbesoldungsordnung gekürzt, jedoch in dieser Hinsicht keine Sonderbehandlung gegenüber anderen Beamten beabsichtigt. Die diese Vergünstigung etwa gerechtfertigt erscheinen sollte, bedürfte bei Beamten und deren Angehörigen, wie Post- und Steuerbeamten, sei eine solche Maßnahme verhältnismäßig und zu befehligen.

Dresden. Das endgültige Ergebnis der Dresdener Elternratswahl ist nunmehr fest. Gewählt sind 392 Vertreter der christlichen Schule und 374 Vertreter der weltlichen Schule.

Dresden. Ein blutiges Tierkämpfendrama hat sich gestern morgen im Laufe der Nacht 2 abgelehrt. Dort wohnte im 2. Stock die Köchlerin Ella Jacob. Sie unterstellte mit dem Fleischermesser A. ein Liebesverhältnis. A. war vorgestern Nacht bei der Jacob in der Wohnung verstorben. Heute morgen gegen 5 Uhr hörten Hausbewohner mehrere Schüsse fallen. Die herbeigeeilte Polizei fand A. und seine Geliebte durch Revolverkugeln schwerverletzt im Bett liegend vor. Die Jacob hatte zunächst dem A. mehrere Schüsse in den Kopf gebracht und dann die Waise gegen sich selbst gerichtet. Beide wurden nach dem Krankenhaus transportiert. Dort ist A. inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Zustand der Jacob ist bedenklich. Der Grund zur Tat dürfte Eifersucht sein.

Vahren. Aus Vahren wird gemeldet: Die Haken und Raminchen in der Oberlausitz sind von einer verheerenden Seuche befallen worden. Heftig sind man tote Tiere, deren Lungen und Lebern von Blut schmierlicher Farbe und mit Eiter angefüllt sind. Ueber die Art dieser Seuche, wie sie sich verbreitet und wie sie zu bekämpfen wäre, weiß man noch nichts. In den letzten Tagen wird vielfach zur Bekämpfung des Krankheitsaufstiegs, um die etwa noch vorhandenen Jungtiere zu retten. Ob das der richtige Weg ist, steht dahin. Im Gegenteil ist anzunehmen, daß das Raubwild, das ja in der Natur den Beruf der Sanitätspolizei ausübt, die geeignete Artgenossen wäre, um krankliche Tiere auszumergen und dadurch die gesunde Viehherde zu schützen. Es wird das Beste sein, da man gegen die Seuche nichts tun kann, die Jagd ein paar Jahre ruhen zu lassen, bis neues Wild herangezogen ist.

Chemnitz. Die Chemnitzer Arbeiter haben in einer am 13. ds. Mts. festgesetzten Versammlung einstimmig beschlossen, den Betrieb sämtlicher Rinas am 15. Juni einzustellen und für diesen Tag ihren sämtlichen Angehörigen zu kündigen. In einer Eingabe unter dem 17. Juni an den Rat der Stadt führten sie aus, daß es ihnen unmöglich sein würde, die bisherige Marktlage um weitere 50 Prozent zu erhöhen, da schon im voraus feststeht, daß die bereits bedeutend verminderte Beschäftigung sich dadurch nur noch weiterhin vermindern wird und viele Arbeiter ihre Betriebe wegen Unrentabilität schließen müßten. Die Betriebe werden solange geschlossen bleiben, bis der Rat der Stadt Chemnitz die Not und Gefahren ihrer Existenz erkennt und wenigstens den bisherigen Steuerfuß beibehält.

Zwickau. Auf der Schachtanlage 3 ereignete sich am Montag ein schwerer Unglücksfall dadurch, daß zwei

Arbeiter, die mit der 60 Meter hohen Höhe des Wertes beschäftigt waren, infolge Mordanschlags des Wertes durchbrochen und in die Tiefe stürzten. Sie blieben beide tot liegen. Ein dritter Arbeiter konnte noch im letzten Augenblick emporklimmen und dann die Seitenleiter zum Abstieg benutzen.

Oberpflanz. Ein unbekannter junger Mensch, der sich als Sohn eines Gutbesizers in Nargaran in Bayern ausgab, hat mehrere Grundbesitzer in Oberpflanz um erhebliche Geldbeträge betrogen und bestohlen. Er mißbrauchte sich unter der Vorwand, er sei Monteur beim Elektrizitätswerk, ein und verschwand nach einiger Zeit ohne Bezahlung seiner Schulden und nach Auslieferung von Diebstählen. Einer Hüttenarbeiterfrau schwindelte er 300 Mark ab, indem er ihr vorbigelste, es sei ein Koffer mit Butter und Mehl von seinen Eltern angekommen, zu dessen Einlösung er das Geld benötigte. Der Schwindler konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Werbau. In einer wüsten Szene kam es in der Wohnung einer Wittwen von ihrem Gemann getrennt lebender Frau. Die Frau lebte seit einiger Zeit mit einem Richter in wilder Ehe. In den letzten Tagen kam es aber zu ernstlichen Streitigkeiten zwischen den beiden, weshalb die Frau ihrem Liebhaber den Eintritt in die Wohnung verweigerte. Darüber geriet jedoch der Richter in argemüthige Wut und schlug alles in der Wohnung seiner Wirtin kurz und klein. Die Frau erkrankte auf der Folge Anzeichen und kam mit zwei Beamten zurück, die den Totbestand aufnehmen sollten. Durch den Anblick der Schulpunkte wurde jedoch der Richter vollends noch in Wut versetzt. Mit einem Welle drang er auf die Beamten ein und verletzete dem einen von ihnen einen so wichtigen Schlag auf den Kopf, daß die Dienstmägde haarig durchschritten wurde. Es muß als ein Wunder betrachtet werden, daß der Beamte keine schwereren Verletzungen als eine leichte Schramme am Kopf davontrug. Bei dem nun folgenden Ringkampf, bei dem die Uniform des zweiten Beamten arg zerstückt wurde, gelang es den Schulpunkten, den Köppling zu überwältigen und gefesselt der Staatsanwaltschaft auszuliefern.

Reutirchen bei Crimmitschau. Beim Spielen fiel das 21-jährige Töchterchen des Gärtners Dörnhöfer in einen Zementwasserbottich und fand, da der Bottich nicht rechtzeitig bemerkt wurde, darin durch Ertrinken den Tod.

Maschinen. Ein höchst bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Staatsstraße am Eingange unferes Ortes. Ein Automobil kam mit großer Schnelligkeit angelaufen. Als es vorüber war, wollte der Schulknabe N. über die Landstraße wegfahren, wurde aber von einem zweiten Auto, das dicht hinter dem ersten herkam — beide hatten wahrscheinlich ein Wettrennen veranstaltet, wie man zwischen Mähern und Gerichtsamt oft zu beobachten Gelegenheit hat — zu Boden geworfen und bis an das andere Ende des Dorfes geschleift. Mit mehrfach gebrochenem Schädel liegen die betr. Fahrer den Verunglückten liegen und suchten das Weite. Offensichtlich kann der verunglückte Knabe, welcher sofort in das Krankenhaus nach Würzen geschafft wurde, am Leben erhalten werden. Es wäre wirklich am Platze, daß diesem rasenden Fahren einmal Einhalt geboten würde.

Leipzig. Zur Vorsicht mahnt ein Unglücksfall, der sich am Sonntag mittags hier auf dem Königsplatz ereignete. Wohl infolge des Windes stürzte ein Teil eines Firmenschildes herab und fiel dem zur Landwirtschaftlichen Ausstellung hier weilenden Kaufmann Max Triebenbach aus Berlin auf den Kopf. Dem Unglücklichen wurde die Schädeldecke zertrümmert. Der Schwerverletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo er verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Zagegeschichte.

Deutsches Reich.

Kredit für landwirtschaftliche Siedlungszwecke. Wie die Berliner Blätter melden, hat das preussische Staatsministerium Montag beschlossen, einen Kredit von 800 Millionen M für landwirtschaftliche Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Gareis-Interpellation im bayerischen Landtag. Der bayerische Landtag beschäftigte sich Dienstag mit der Interpellation der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten wegen der Ermordung des Abg. Gareis. In seinem Nachruf gab Präsident Königbauer der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, den Verbrecher der gerechten Strafe zuzuführen und die Motive der Tat restlos zu klären. Die unabhängige Interpellation wurde vom Abgeordneten Neumann begründet, der den politischen Mord gefielte. Ministerpräsident von Raßler sei offenbar nicht im Stande, sein Versprechen, allen Staatsbürgern freie Bekämpfung zu sichern, einzulösen. Verurteilenswert sei die Art, wie Gareis in rechtsprechenden Blättern mit Schmutz beworfen worden sei.

Abgeordneter Neumann erklärt es für eine Verleumdung, daß Gareis Ententestillungen über Wesslingler gemacht und einen darauf bezüglichen Artikel im „Tempo“ geschrieben habe. Man sehe jetzt unter dem Zeichen schwarz-weiß-rot, kokettiert mit dem Hakenkreuz. Die Ar-

Wie kommen Schläger-Operetten zu Stande?

Für das große Publikum, das sich seine Lieblingsoperette „des Hieren mehrmals“ anschaut, dürfte es gewiß interessant sein, zu erfahren, wie eine solche eigentlich „geboren“ wird. Gewöhnlich sind es zwei Librettisten, die sich zur Verfertigung des Buches vereinigen. — Entweder hat der eine die Idee, oder der andere, oder sie haben beide „keine Idee“ und zimmern sich erst eine zurecht. Dann verfassen sie gemeinsam das Szenarium, d. h. das in kurzen Worten festgelegte „Exposé“ der Handlung, und hierauf schreibt einer den Dialog und der andere die Gesangsstücke. Durch zahlreiche Besprechungen und „gutes Gedächtnis“ werden noch verschiedene Botinnen und Witze eingearbeitet. Das Schwierigste beim ganzen Buchmachen ist der Aufbau des Finales, er erfordert große Bühnenpraxis und Ueberblick. Summe! hilft dabei auch textlich der betreffende Komponist mit, dessen Wünsche und Anregungen gewöhnlich berücksichtigt werden. Der Titel der Operette wird fast immer zuletzt, nach langwierigem Herumdrehen, gefunden. Von sehr bekannten Autoren sind schon hohe Preise für einen „ins Auge fallenden“ Titel an ganz fremde, nicht „zum Bau“ gehörende Leute bezahlt worden. Ist nun das Buch fertig, so erhält es der Komponist; oft komponiert er aber schon währenddessen gleichzeitig nach einem — „Schimmel“. Das ist ein nach dem Versmaß hingeworfenes Schemelabotat — oder ein „Proforsmafer“, s. B.: Du bist verrückt, mein lieber Freund, o glaub es mir, du bist es. —

Es kommt auch sehr häufig vor, daß der Komponist den „Schimmel“ gibt, d. h. er hat bereits eine Nummer fertig, etwa einen Walzer, und wünscht dazu einen unterlegten Text. Dann dichten die Librettisten, der Situation entsprechend, den Gesangstext dazu, als Lied, Duett, Ensemble usw. und versehen selbigen wieder mit der dazu passenden Szenenprosa.

Es ist durchaus nichts Außergewöhnliches, daß lange Zeit, noch bevor die Librettisten eine Feder eingetaucht und der Komponist eine Note geschrieben, der Verleger einen nach vielen Tausenden zahlenden Voranschuss zahlt. — Als Lohn erhalten Komponist und Autoren gewöhnlich 10 Prozent der Bruttoeinnahme des Theaters, an dem ihr Werk aufgeführt wird. Die Verrechnung unter ihnen ist wie folgt üblich: Der Komponist erhält von dem Theater 10 Prozent, der Komponist 10 Prozent, der

betreffende wurde gezwungen sein, daß mit einem Verbot zu umgehen, solange diese Regierung am Ruder sei. Das in Bayern herrsche, sei nicht Ruhe und Ordnung, sondern Anarchie. Die Regierung verlangt zum Schluß, daß endlich auch in Bayern verfassungsmäßige Zustände herbeigeführt werden müssen und fordert die bürgerlichen Parteien auf, dazu mitzuwirken. Die Interpellation der Sozialdemokraten, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Bestande der Reichsuniversität in Bayern ein Ende zu machen, begründete der Abg. Sotinger, der dabei erklärte, daß seine Partei wohl bereit sei, die Folgen aus dem parlamentarischen System zu ziehen und den auf sie entfallenden Anteil der Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, daß sie aber die jetzige Regierung wie jede andere, die in der Frage der Beziehungen zum Reich und in kulturellen und wirtschafts-politischen Fragen keine anderen Wege einschlägt, bekämpfe. Auch dieser Redner erklärte, daß es sich bei dem Vorbe an Vorzeil um einen politischen Wort handele. Er richtete heftige Angriffe an die bayerische Justizverwaltung, an deren Spitze ein Mann stehe, dessen Partei dem größten Antisemitismus halbtage. Raßler habe oft von der Verdrängung der Klassen gesprochen, aber mit negativem Erfolge. Das komme daher, daß die Regierung Raßler nicht mehr frei sei und den Weis, den sie rief, nicht mehr meißern könne. — Die Sitzung wurde hierauf auf Mittwoch vertagt. Als erster Redner wird Ministerpräsident von Raßler die Interpellationen beantworten.

Der russische Kongress in Reichenshall. Auf eine unabhängige Anfrage im bayerischen Landtag wegen der Bildung des russischen Kongresses in Reichenshall zu Anfang Juni, der sich mit dem Sturz der jetzigen russischen Regierung und der Wiedererrichtung des Zarenthums befaßt habe, teilte ein Vertreter der Regierung mit, daß es sich bei dem Kongress um die Behandlung rein wirtschaftlicher Fragen gehandelt habe. Der Kongress habe sich in keiner Weise in politische Angelegenheiten des deutschen Reiches einmischend und keinen Anknüpfungspunkt dafür gegeben, daß die Absicht einer gewalttätigen Veränderung der jetzigen Staatsform in Rußland bei den Kongreßteilnehmern bestand. Ein Anschlag zum Einschreiten sei bisher nicht gegeben worden.

Die Oberösterreich-Interpellation im Reichstag vertagt. Wie die „Vollst. Zeitung“ mitteilt, sind im Innern mit der Reichsregierung die Interpellation über Oberösterreich und die Aufhebung der Sanktionen vorläufig vertagt worden.

Republik Österreich.

Die neue Regierung gewählt. Die Nationalversammlung hat mit 68 christlichsozialen und großdeutschen Stimmen gegen 62 sozialdemokratische Stimmen die neue Regierung gewählt. Der neue Bundeskanzler Schöber erklärte im eigenen Namen und im Namen der anderen Mitglieder der neuen Regierung, die Wahl anzunehmen.

Wegen des Anschlusses an Moskau. Die Deputierten der Gewerkschaften des Niederrheins gestern den Anschluß an die Internationale von Moskau mit 50 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

England.

Der Arbeiterführer Cameron gegen den Militärfrieden. Bei der Eröffnung der in Relation stehenden 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teilnahmen, die 4287000 Parteimitglieder vertreten, hielt der Vorstehende Cameron eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Die Politik der Koalitionregierung bedeute, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel strebe es schlechter denn je. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sei zum großen Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen versucht habe, einen Militärfrieden abzuschließen und weil die Regierungen sich verweigerten hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der die Mittelmächte dauernd zu Sklaven mache. Der Friedensvertrag sei Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und der übrigen Welt.

Amerika.

Der Garbinger Plan einer Gesellschaft der Nationen. Nach einer Rede von dem „Newport Herald“ aus Washington haben zwei südamerikanische Regierungen ihre Vertreter in Washington von Berichten über den Garbinger Plan einer neuen Gesellschaft der Nationen erwidert. Die Hauptpunkte der von den Vertretern gegebenen Antwort sind folgende: Die Gesellschaft werde zunächst ohne geschriebene Verfassung bleiben. Sie werde mit einem Rat aus Vertretern einer Anzahl von Nationen arbeiten, deren Entscheidungen mehr beratend als bindend Charakter haben sollen. Der gegenwärtige Oberste Rat werde als Kern für die Gesellschaft benutzt werden. Ein internationaler Gerichtshof ohne zwingende Schiedsgerichtsgewalt und ohne Strafmittel solle gebildet werden.

Die Ozeerkräfte. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Washington haben bei der gemeinsamen Beratung von Senat und Repräsentantenhaus über die Ozeerkräfte die Mitglieder des Repräsentantenhauses gestimmt. Es wurde beschlossen, die Forderung des Reprä-

senten 60 Prozent und die Librettisten für ihren Teil 40 Prozent. Dazu kommt jetzt noch das ganz unerhörte ins Geld gehende Verlagsgeschäft der Musikalien.

An diesem Geschäft ist der Komponist auch wieder mit 8-9 Prozent, die Librettisten mit 1-2 Prozent beteiligt; zur Kontrolle der außer dem Theater stattfindenden öffentlichen Musikaufführungen wurde ein „Komponisten- und Autoren-Verband“ ins Leben gerufen, der glänzend organisiert, außerdem noch dafür sorgt, daß Komponist und Librettisten auch aus dem Betrag dieses Aufführungsrechtes ihre bestimmten Tantiemen beziehen. Auch der Zufall bringt manchmal Millionen ein.

Es sei zum Schluß — so schreibt A. Waller im „Film-Curier“ — die Entstehungsgeschichte des allgemein beliebtesten Singstükes „Das Dreimäderlhaus“ erzählt: Eines Tages kam der äußerst theaterentwicklungslustige Direktor Alfred Cavar vom Kammertheater in Wien zu dem bekannten Österreicher Viktor Leon und sagte ihm, er habe die Idee, aus dem Roman „Schwarmerl“ von Barlach eine Operette machen zu lassen, da er sich von dem gemittlichen Altweiner Wiedererweckung, namentlich aber von der in die Handlung verflochtenen Figur des „Schubert“ große Wirkung erhoffte. Leon sagte der Stoff zu, und in Gemeinschaft mit Dr. Wallner schrieb er den ersten Akt; plötzlich ergaben sich Differenzen zwischen beiden Schriftstellern und Leon schied unter Verzicht auf jeden Anspruch aus der Kompanie aus. Wallner verband sich nun auf Empfehlung Cavar mit dem gänzlich unbekanntem Fritz Reichert, und beide verfassten nun die zwei folgenden Akte. Der Komponist Heinrich Berke, der seit seiner Operette „Der schöne Garibaldi“ nicht zu Worte kam, erhielt nun den Auftrag, die Musik zu dem Libretto zu schreiben, doch plötzlich hatte der gewiegte Theaterfachmann Cavar den gemalten Einfall, die Originalmusik Schuberts verwenden und mit den Texten unterlegen zu lassen, und das war der entscheidende Erfolg des Werkes. Berke hat nun weiter nichts getan, als die unvergänglichen Schubert'schen Weisen arrangiert, und der epochevolle Erfolg dieser Arbeit beweist die wahre Meisterschaft Schubert's! Es ist charakteristisch, daß s. B. das Lied „Ich schmitz es gern in alle Winde ein“ mit dem Originaltext von Heinrich Berke jahreslang in Wien in den Musikalienhandlungen als Vollausgabe für 10 Heller zu kaufen war, aber nur spärlich gekauft wurde. Seitdem aber auf dem Titelblatt steht, daß dem „Dreimäderlhaus“ wird dieselbe Text mit

hunderttausend, die Ozeerkräfte auf 100 000 Mann festzusetzen, dem Senat zur Annahme zu empfehlen.

Rußland.

Der Bauernaufruf im östlichen Rußland. „Berlingoffe Abend“ wird aus Orlingoff telegraphiert: Nachrichten aus Samotrubland besagen, daß der Bauernaufruf im östlichen Rußland eine ernste Wendung genommen habe. Die Sowjetregierung habe sich gezwungen gesehen, bedeutende Truppenkontingente dorthin zu senden. General Swintin hat den Oberbefehl über sämtliche Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes übernommen. Aus Moskau wird berichtet, daß alle Studenten Weis erhalten haben, die Stadt sofort zu verlassen und sie vor dem 15. September nicht wieder zu betreten. Der Befehl wird amtlich mit dem herrschenden Lebensmittelmangel begründet, der wirkliche Grund soll jedoch in der unter den Studenten bestehenden Eifersucht zu suchen sein. — Gländische Zeitungen berichten, daß die Frau Maxim Gorkis an der russischen Grenze von den Sowjetbehörden bei dem Veruche, Diamanten aus Rußland auszuführen, verhaftet worden sei.

Die Grubenkatastrophe in Westfalen.

Judgement 88 Tote.

Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche West Cony in Zollingen gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 78 tote und 78 verletzte Bergknappen zu Tage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im Bergmannshaus in Bochum Aufnahme gefunden haben, sind bisher vier gestorben, jedoch ist die Zahl der Toten auf 115 gestiegen. Das Unglück entstand offenbar durch einen Sprengstoff in einem schlagwetterreichen Kohlenfeld; denn unmittelbar nach dem Ausbruch des Schusses erfolgte eine gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil amtlich verbrannt. Andere wurden durch die Gewalt der Explosion zerstückelt und juchbar verkrüppelt. Die gewaltige Explosion war so hart, daß ein Bergmann, der etwa 1/2 Stunde von dem Explosionsherd eine Maschine bediente, gegen einen Stempel geschleudert und schwer verletzt wurde.

Weitere Meldungen besagen:

Die Entstehungsbefunde der Schlagwetterexplosion ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Auch die geforderte Befahrung durch die Bergbehörde hat noch keine endgültige Klärung gebracht. Sämtliche Verunglückte sind geborgen. Es ist das erste Mal, daß die Zeche von einem größeren Unglück heimgeführt wurde. — Aus Anlaß des Grubenunglücks hat der Gewerksverein östlicher Bergarbeiter an das Handelsministerium folgendes Telegramm geschickt: Angehendes der furchtbaren Katastrophe auf der Zeche West Cony, bei welcher über 100 Bergarbeiter nach mehr als 100 Bergarbeiter verunglückten, bitten wir um sofortige energische Untersuchung und reifliche Klärung der Ursachen des beklagenswerten Unglücks.

In der Nacht zum Dienstag brach, wie die „Berliner Zeitung“ berichtet, in der Kaserne der Zeche West Cony ein großer Brand aus. Es wurden sofort alle Wehren der umliegenden Zechen zur Hilfe herbeigerufen. Seit 1 Uhr nachts besteht die Hoffnung, das Feuer auf seinen Fort zu beschränken. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 22. Juni 1921.

Französische Vorstellungen wegen des ober-schlesischen Selbstmordes.

Paris. Der die französische Posthalter Laurent hat gestern, wie schon aus Paris angekündigt worden war, dem Minister des Innern Dr. Rosen einen Besuch abgestattet und dabei die bereits früher erhobenen Vorstellungen wegen des deutschen Selbstmordes in Oberschlesien erneuert. Das Reichsministerium hat sich daraufhin sowohl gestern abend als auch heute vormittag mit der Lage in Oberschlesien befaßt.

Öl-Preise.

Berlin. Im Ölmarkt kam es heute infolge der Ablehnung einer Kohlenverkaufsvereinbarung wieder zu starken Zusammenstößen zwischen den Angelegten und dem Vorstehenden. Öl behauptete, die Verrechnung sei abgelehnt worden, weil sonst der ganze Schwindel aufgedeckt würde und ließ sich trotz der anhaltenden Ermahnungen des Vorstehenden nicht davon abhalten, sich in drohendem Redensarten zu ergehen, so daß der Vorstehende die Verhandlung auf eine Stunde vertagte und Öl abblühen ließ. Bei seiner Abführung brachte Öl ein Hoch auf das revolutionäre Proletariat aus. Seine Verteidiger, die das Verhalten des Angelegten schärf in Schutz nahmen, begleiteten ihn in das Untersuchungsgefängnis.

Severing in der Opposition.

Berlin. Im Hauptauschuss des preussischen Landtages kam es am Dienstag zu heftigen Auseinandersetzungen.

dieselbe Melodie vornehm für 75 Mark gekauft. Der eigentliche geistige Urheber des Ganzen, Dr. Barlach als Verfasser des „Schwarmerl“, hat sich vor der Verkaufsführung des „Dreimäderlhaus“ nur als Regulator ausgedungen, daß sein Name auf dem Theaterticket genannt werden müsse; pelamär ist er in keiner Weise beteiligt! — „Schubert“ ist arm gestorben — „Schubert“ wurde Millionär! —

Kunst und Wissenschaft.

Die Schweden in Jena. Gestern sind in Jena im Extrazug 150 schwedische Lehrer und Lehrerinnen eingetroffen, um an einem fünf Wochen dauernden Kursus über deutsche Sprache und deutsches Leben teilzunehmen. Bei der Begrüßungsfest in der Aula der Universität hielt der greise Philosoph Geheimrat Enden die Hauptrede. Auch der schwedische Gesandte in Berlin, von Essen, wohnte der Feste bei.

Erfolgreiche Ausgrabungen. Bei den Ausgrabungen in Acafon wurde, wie aus Jerusalem gemeldet wird, ein Teil des von Herodes dem Großen erbauten Palastes bloßgelegt, dessen Schönheit und Größe der Geschichtsschreiber Josephus als bewundernswürdig bezeichnet. Es wurden Bildwerke des Apollon, der Venus, einer Viktoria und eines Giganten und eine Statue des Königs Herodes gefunden.

Ein Hamburgisches Denkmal- und Ruhestättengesetz. Ein Gesetz, das allen vom Heimatschutz zu stellenden Anforderungen genügt, ist für den Hamburgischen Staat erlassen worden. Den Schutz dieses Gesetzes genießen, wie wird in der „Heimatschutz-Chronik“ ausführlich, Baubauwerke, zu denen auch alle Denkmäler vor- und frühgeschichtlicher Art gehören, Ruhestätten im weitesten Umfang, die Umgebung von Bau- und Naturdenkmälern, bewegliche Denkmäler, in der Erde oder im Wasser verborgene und bewegliche Gegenstände von Bedeutung u. schließlich Naturgegenstände bestimmter Art, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt. Alle zu schützenden Denkmäler werden in öffentlich bekannt zu gebenden Denkmälerlisten eingetragen, für deren Aufstellung ein Denkmälergesetz besteht. Die Ausführung des Gesetzes liegt der Denkmälerbehörde ob, der ein Denkmäler beizugeordnet ist. Eingehende Bestimmungen sind über die einzelnen Formen des Denkmälers, über Ausgrabungen, Baggerungen, über das dem Staat zustehende Enteignungsrecht und über die vorzuziehenden Strafmaßnahmen erlassen.

Das Erwachen des Handels mit Rußland.

Die Sowjetregierung ist wiederholt bemüht, eine Grundlage für den Wiederaufbau Rußlands zu suchen und ist dabei auch dazu entschlossen, einer inneren Konsolidierung große Opfer zu bringen und allmählich fortschreitend auch die andersdenkenden Bevölkerungskreise wieder zur Regierung zurückzuführen. Noch bleibt aber immer die Voraussetzung bestehen, daß das Sowjetregime überhaupt bleibt. Den unerwünschten Bemühungen Kenins scheint es auch gelungen zu sein, eine beträchtliche Warenmenge aus dem Ausland einzuführen. Die für Deutschland hergestellten und heute nicht mehr abfertbaren Konterven haben für die Hersteller so wenig Wert, daß es kein großes Risiko darstellt, wenn sie dem warenhungrigen Rußland überlassen werden, dagegen immerhin noch ein gutes Geschäft, wenn Rußland auch nur mit Konzessionen die Leistungen ausgleicht. Ebenso ist das unter Verwendung von Papier hergestellte Schutzwirk für Rußland eine willkommenere, weil halbwegs noch erschwirgliche Ware. So hat Rußlands Außenhandel begonnen, namentlich mit Deutschland, in dem der Handelsagent der Sowjetregierung Stomoniakow nicht unfruchtbar zu wirken scheint. Die deutsche Industrie, auch die große, zeigt starkes Interesse für den Export nach Rußland, und sie schreut offenbar auch vor den besonderen Schwierigkeiten nicht zurück, die Geschäften mit den Bolschewiken vorläufig noch anhaften. Die Rechtswirksamkeit dieser Abschlüsse ist durch das deutsch-russische Kommen freilich vermindert worden; alles Eigentum der Sowjetregierung in Deutschland selbst ist jetzt dem Antritte deutscher Gläubiger ausgesetzt und die Moskauer haben sich verpflichtet, in jedem wirtschaftlichen Vertrage, den sie mit Deutschen abschließen, eine Schiedsgerichtsbarkeit aufzunehmen. Aber die an sich erfreuliche Richtung der Rechtslage hat die Zahlungsfähigkeit Sowjetrußlands nicht verbessert. Die großen Vorkommissionen, die deutsche Fabriken teils von Rußland, unmittelbar, teils über Schweden erhielten und deren Abwicklung sich über mehrere Jahre erstrecken wird, es soll sich um viel mehr als tausend Stück handeln, konnten noch mit Gold finanziert werden. Aber der im letzten Jahre zu Einfuhrzwecken kurz angegriffene Goldvorrat der Sowjets muß schon sehr unzureichend sein und der Zuwachs aus der Edelmetallproduktion des Landes ist unbedeutend. Andere Exportwaren in größeren Mengen herauszuheben ist bei der allgemeinen Mangelwirtschaft und bei der außerordentlich geringen Leistungsfähigkeit der Transportorganisationen sehr schwer. Am leichtesten sind wohl noch Holzwaren, führen großen Erfolg zu verzeichnen, bei denen man auch im Binnenlande in technisch einfacher Weise den Wassertransport benutzen kann. Die Sowjetregierung soll eifrig bemüht sein, die Holzindustrie zu organisieren und mit den anderen großen Holzexportländern Nord- und Nordosteuropas, Finnland und Schweden, zu gemeinsamer Exportpolitik zu gelangen. In kleinem Maßstabe und gelegentlich können die Sowjets auch die Ausfuhr anderer Waren durchzuführen; sie exportieren zum Beispiel Fleisch und sie verkaufen in Leipzig Rauchwaren, um sich Guthaben in Deutschland zu schaffen.

Aber für einen Außenhandel, der auch nur den dringenden Bedürfnissen des Wiederaufbaus entspräche, reicht die technische und wirtschaftliche Ausfuhrfähigkeit Sowjetrußlands natürlich keineswegs aus. Wenn die Russen trotzdem exportieren wollen, können sie nur mit Pfändern zahlen, die zugleich Ertragswerte sind, aus deren Erträgen die Schuld getilgt werden kann. Sie müssen mit anderen Worten werbende Objekte ihrer eigenen Wirtschaft als Kaufpreis anbieten. Damit diese Objekte wirklich werbenden Charakter in privatrechtlichem Sinne erhalten, müssen sie sie aus der kommunistischen Organisation herausnehmen und von den fremden Gläubigern individualwirtschaftlich, erwerbswirtschaftlich nutzen lassen. So ist der Gedanke der Konzessionen entstanden, der zusammen mit der Befreiung der Landwirtschaft vom kommunistischen Abstreifen und mit der Entnationalisierung der „Kleineren“ Industrie das bolschewistische Wirtschaftssystem anstößt.

Export gegen Konzessionen hat gegen Gold (oder geldwerte Waren) stellt naturgemäß an die Kapitalkraft des Exporteurs sehr hohe Anforderungen. Denn er erhält vorläufig nicht nur keinen Erlös für seine Lieferungen, sondern er muß auch noch Kapitalien — unter Umständen solche von sehr beträchtlicher Höhe — investieren, um sein Konzessionsobjekt rentabel zu machen. Einige von den großen land- und forstwirtschaftlichen Konzessionen leben Bahn- oder Kanalbauten vor, die der Konzessionär durchzuführen hat. Für den einzelnen Exporteur wird der Kapitalaufwand und das Risiko häufig viel zu groß sein. Nur große Konzerne können die Aufgabe übernehmen. Bekanntlich sucht gegenwärtig ein englischer Konzern von sehr bedeutender Kapitalkraft — der Vickers-Konzern — Anschluß an deutsche Industriegruppen, um in großem Maße und mit rationeller Arbeitsteilung die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen nach Rußland zu organisieren.

In den letzten Tagen ist bekannt geworden, daß die Sowjets die Japan zu ihrem alleinigen Transport- und Frachtagenten für Deutschland und die Ostsee gemacht haben. Die Bedeutung dieses Geschäfts wird ganz von der Stärke des Verkehrs abhängen, der sich auf der neuen Basis mit Rußland entwickelt.

Die Rede Lloyd Georges.

Lloyd George sagte in seiner Rede auf der britischen Reichskonferenz weiter, die Nationen und die Völker der Welt hätten ihre gegenseitige Abhängigkeit in weit größerem Maße als je vor dem Kriege eingekehrt, und der Völkerbund habe als Zeuge für die Verwirklichung dieser Wahrheit. Es könnten keine Vorschläge für die Wiederherstellung Europas und für einen dauernden Frieden gemacht werden, es sei denn auf der Grundlage der Annahme der Friedensverträge oder einer Ergänzung der Verträge. Hier und dort könnten infolge neuer Verhältnisse mit Zustimmung aller Parteien Ergänzungen angenommen werden. Derartige Zugeständnisse seien vorgekommen und seiner Ansicht nach seien noch andere im Gange. Man habe z. B. mehr Zeit zur Bezahlung und mehr Zeit zur Entwaffnung gewährt. Auch bezüglich der Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsschuldigen habe man ein Zugeständnis an das deutsche Nationalgefühl gemacht. Die Verträge müßten jedoch bestehen bleiben, wenn eine Zustimmung zur Abänderung nicht erfolge, und kein Unterzeichner würde das Recht haben, sich über irgend einen Teil des Vertrages hinwegzusetzen, den er unterzeichnet habe. Das Britische Reich von einem Ende der Welt bis zum anderen sei durch seine Größe und durch seine Interessen an die Verträge gebunden, die es unterzeichnet habe. Wenn der Glaube an die Verträge nicht aufrecht erhalten werde, so werde die Vora der Unordnung, der wachsenden Not und des Krieges fortauern, und die Zivilisation könne sehr leicht durch die Fortdauer solcher Verhältnisse zerstört werden.

Eine deutsche Delegation begibt sich nach Oberschlesien.

Die Lösung der Selbstbestimmungsfrage.

Wie der „Totalanzeiger“ von parlamentarischer Seite erzählt, begibt sich eine deutsche Delegation nach Oberschlesien, die sich aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und aus Mitgliedern der drei Regierungsparteien zusammensetzen wird. Die Delegation soll zur Lösung der Frage der Zurücknahme und Aufhebung des deutschen Selbstbestimmungsbeitrages.

Neuer erzählt, daß von der interalliierten Kommission ein Plan für die progressive Zurückziehung der Polen und Deutschen in Oberschlesien entworfen worden ist, der gegenwärtig mit den beiden Parteien erörtert wird.

Die „Post“ schreibt, daß sich der Präsident der Abstimmungskommission in Döbeln General von dem Standpunkt gestellt hat, daß die Abstimmungsverhandlungen sofort zu beginnen seien. Es handelt sich um eine neue siebenstägige Frist, in der die Entente-Kommission zuziehen soll, ob es ihr wirklich gelingt, ohne Anwendung von Zwang die Rückgliederung des Aufstandes zu erreichen. Es sei anzunehmen, daß der Auslöserauschuss im Einvernehmen mit den Führern des deutschen Selbstbestimmungsbeirats die Forderungen der Entente-Kommission nachkommen werde. Sowohl der französische Botschafter in Berlin Laurent als auch der englische Geschäftsträger hätten Montag in freundschaftlicher Form der Reichsregierung den Rat gegeben, auf den Auslöserauschuss zu Gunsten der Annahme der Vorschläge der interalliierten Kommission einzuräumen.

Die Not in Oberschlesien.

Nach Mitteilungen der Berliner Mäler hat die Reichsregierung zur Forderung der dringenden Not in Oberschlesien 100 Millionen M zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Staatsminister an die bedürftigen Kreise der in Deutschlands Hand befindlichen Gebiete Oberschlesiens verteilt werden sollen.

Die Stadt Katowitz hat an den Regierungspräsidenten in Döbeln, das Auswärtige Amt in Berlin, den Reichstag, den preussischen Landtag und den Bevölkerungsrat in Döbeln einen Hilferuf gerichtet, worin die herrschenden Zustände geschildert werden. Zum Schluß heißt es: Mit allerhöchster Verlangen sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen. Denn man sieht sich unter den obwaltenden Umständen, die noch nicht abzusehen sind, allgemein für vogelfrei.

Die Volkswirtschaft der Aufstandsbewegung.

Der ober-schlesische Berichterstatter des „Totalanzeigers“ berichtet ausführlich über die immer weiter um sich greifende Volkswirtschaft der ober-schlesischen Aufstandsbewegung. In Gletwitz befindet sich eine kommunistische Zentrale, die mit unbeschränkter Mitteln arbeitet. In den letzten 10 Wochen seien rund 15 Millionen Mark für kommunistische Propaganda aufgebracht worden. Verschiedentlich seien sogenannte Verfassungen des Arbeiterkomitees erlassen, auf keinen Fall die Waffen abzugeben, da in letzter Zeit der Zusammenbruch der Kapitalistenherkunft bevorstehe.

Die Untersuchung der Zustände in Sietow.

Die zur Untersuchung der Zustände in dem Internierungslager Sietow bei Kottbus bestellte parlamentarische Kommission des preussischen Landtages hat einmütig festgestellt, daß die Unterbringung und Ernährung der politischen Internierten als den Verhältnissen entsprechend durchaus hinlänglich zu beschreiben ist. Nur in 3 Fällen sind herabgesetzte Klagen über schlechte Behandlung zu verzeichnen. Gegen die beteiligten Beamten wird der preussische Minister des Innern auf das dringendste eingeworfen. Der Bericht einer englischen Kommission kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, daß kein Grund an herabgesetzten Klagen über die Zustände im Lager vorhanden sei.

Verständlich des Bündnisses zwischen England und Japan.

Die britische Premierminister: Wir wünschen diese wohlverdiente Freundschaft beibehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernsten Osten anzuwenden, wo Japan besondere Interessen hat und wir ebenso wie die Vereinigten Staaten gleiche Möglichkeiten und offene Tür wünschen. Unter diesen Fragen ist nicht die geringste die Zukunft Chinas, das von England ebenso wie von den Vereinigten Staaten wohlwollende Behandlung und fair play erhalten könne. Es kann der Welt kein größeres Unglück widerfahren als eine weitere Verschärfung in der Scheidung der Welt nach Welt.

Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundgesetz. Wir wünschen mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammenzuwirken. Ebenso wie die Vereinigten Staaten wollen wir Stetigkeit und Frieden auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit. Ebenso wie Amerika wünschen wir auch das Entstehen der Rüstungen, sowohl im Stillen Ozean als auch an anderen Orten, und wir freuen uns, daß die amerikanische Regierung augenblicklich in dieser Hinsicht ein so eifriges Streben an den Tag legt. Wir sind bereit, mit den amerikanischen Staatsmännern jeden Vorschlag zur Herabsetzung der Rüstungen zu erörtern, den sie vorzuziehen wünschen, und wir können uns verpflichten, daß keinerlei solche Vorschläge einen Mangel an Entgegenkommen und Bereitschaft auf unserer Seite finden werden. Indessen verneine ich nicht, daß die Macht zur See notwendigweise die Grundlage des gesamten Bestandes des Reiches bedeutet. Wir müssen daher die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Schuld erfordert. Mehr wollen wir nicht, können jedoch auch nicht mit weniger zufrieden sein.

Im Verlaufe seiner Rede erklärte Lloyd Georges noch: Die Entwaffnung Deutschlands kann als gelöstes Problem bezeichnet werden. Die deutsche Flotte ist vermindert, ebenso die österreichische. Die deutsche Armee besteht nicht mehr. Sie ist jetzt weit mehr als 100000 Mann stark. Freilich besitzen noch einige Arten von irregulären Formationen, die wir noch nicht völlig erloscht haben. Es ist nicht so sehr die Flotte, das zur Vernichtung Anlaß gibt, als Vapera. Diese Schwierigkeiten werden aber, wie ich annehme, in sehr kurzer Zeit überwunden sein. Diejenigen von uns, welche wissen, wie sehr Sieg und Niederlage auf des Reiches Schicksal stand, können ohne Höger erklären, daß ohne die 2 Millionen Mann, die von außerhalb des Vereinigten Königreichs kamen, das Breuchentum wahrheitsgemäß im Westen und Osten triumphiert haben würde, bevor die amerikanischen Truppen an der Front eintrafen. Doch hat die mannlische Einheit des britischen Reiches Frankreich, England und die Zivilisation vor jener Katastrophe gesetzt.

Zusgesamt 9% Milliarden Fehlbetrag bei Post und Eisenbahn.

Im Reichsrat erhoben gegen die Beschlüsse des Reichstages zum Gesetz über die Getreidebewirtschaftung die Vertreter Braunschweigs, Württembergs und Sachsens Widerspruch. In der Abstimmung wurde der Entwurf mit 46 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz kann demnach in Kraft treten.

Der Reichsrat erledigte noch den Nachtragsetat des Postministeriums und der Reichsbankerei, sowie den Nachtrag zum Eisenbahnetat für 1921. Durch den Nachtragsetat steigt bei der Post der Fehlbetrag im ordentlichen Etat auf drei Milliarden 189 Millionen, im außerordentlichen auf eine Milliarde 425 Millionen Mark. Im Etat des Eisenbahnetats ist ein Zuschuß von über drei Milliarden und im außerordentlichen von über 5% Milliarden Mark erforderlich. Die Gesamtzuschüsse betragen daher 9% Milliarden.

Ungeblühte neue Forderungen der Entente.

Mehrere Berliner Mäler melden, daß die interalliierte Militärkontrollkommission an dem in Berlin garnisonierenden Bataillon „Ansch“ genommen habe und dessen Auflösung fordere. Desgleichen habe General Koller die auf den Truppenübungsplätzen angelegten absterbenden Lehungen der Reichswehr beanstandet und ihre Nichtabnahme gefordert. Die Mäler bemerken hierzu, daß die beiden Forderungen nicht den geringsten Rücksicht im Friedensvertrage finden.

Nach Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist an ausländischer Stelle wieder von einem schriftlichen und einem mündlichen Verlangen der interalliierten Kommission in dem oben angeedeuteten Sinne etwas bekannt.

Hoover gegen die Zahlung der deutschen Schuld in Dollar.

Aus Washington wird gemeldet: Handelsminister Hoover erklärte, daß Vorschlag der Reparationskommission, die Zahlung der gegenwärtigen Rate der deutschen Entschädigungszahlung in amerikanischen Dollars zu verlangen, habe eine Zahlung von 250 Millionen Dollars zur Folge gehabt. Hoover forderte, daß die Kommission eine derartige Politik nicht weiter verfolgen und statt an die Kommission möge die Rate der Entschädigungszahlung entweder in alliierten Währung festsetzen oder der Ankauf von Dollars möge über eine beträchtliche Zeitspanne ausgedehnt werden.

„Newport Herald“ erklärt in einer Meldung aus New York, das Staatsdepartement habe amtlich die Nachricht in Abrede gestellt, daß die Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission Vorkellungen erhoben hätten, um Deutschland zu verhindern, bei Bezahlung seiner Reparationsschuld Wechsel auf New Yorker Banken zu ziehen. Vorkellungen bei der Reparationskommission würden auch nicht in Erwägung gezogen.

Dem „Temps“ zufolge haben folgende Mächte keinen Anspruch auf einen Anteil der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungszahlung, entweder weil sie keine Ansprüche stellen, oder weil sie sich mit Deutschland vor dem Waffenstillstand nicht in Reuezustand befinden haben. Es sind dies: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Bolivien, China, Cuba, Guatemala, Haiti, Ecuador, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru, Polen und Uruguay.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 21. Juni.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den gestern nacht verstorbenen Abgeordneten Oberhold (M. Soz.) und Worten des Mitgefühl für die Opfer der Greuelkatastrophe von Herne. Die Abgeordneten haben sich von den Ehren erhoben.

Der Präsident teilt weiter mit, daß die Genehmigung an einer Straßveränderung des Abg. v. d. Rasthoff (Dnt.) wegen Steueruntersuchung und Vernehmung nachgefragt worden ist. Die Abg. Ledebour (M. Soz.) und Geyer (Komm.) beantragen Überweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission, während die Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) und Müller-Franken (Soz.) die sofortige Genehmigung beantragen. Das Haus beschließt die sofortige Genehmigung.

Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen der Deutschnationalen und der Volkspartei und Anfrage der Deutschdemokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, die sämtlich den Fortfall einer besonderen Ergänzungsbekanntmachung der Affizierten und Sekretäre beim Einrücken in die Belohnungsgruppe VII verlangen.

Die deutschnationalen Interpellation wird vom Abg. Lavarens (Dnt.) begründet.

Abg. Morath (D. Vr.) begründet dann die Interpellation der Volkspartei.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Minister Wiesberts und ich waren es, die die Anordnung in die Belohnungsgruppe VII ohne jede Prüfung wollten. Wir sind aber unseren Ministerkollegen unterlegen und das Kabinett Fehrenbach und Genossen hat in einem Beschluß festgelegt, daß von dieser Prüfung keineswegs Abstand genommen werde. Jetzt müssen wir natürlich, um die Belohnungsanordnung nicht in Anordnung zu bringen, an diesem Beschluß festhalten. Wenn deshalb die Abstimmung gegen uns ausfallen würde, so würde sie sich in Wirklichkeit gegen die ergänzungsrichtigen. Würden wir jetzt die Prüfung aufheben, so könnten sich alle diejenigen mit Recht beschweren, die die Prüfung schon abgelegt haben. Wir sind aber durchaus bereit, denjenigen, die die Prüfung abgelegt haben, rückwirkend die Vorteile der Gruppe VII zu gewähren. (Beifall.) Wir kann es nur recht sein, wenn hier ausgeführt wird, wie recht ich 1920 mit meiner Abneigung gegen die Ergänzungsprüfung hatte. Die Volkspartei ist aber nicht berechtigt, mir deswegen Vorwürfe zu machen, weil ich den Standpunkt vertritt, den gegen meinen anfänglichen Widerstand die Regierung Fehrenbach eingenommen hat, an der auch die Volkspartei beteiligt war. Wir würden froh sein, wenn bei der Post endlich die Affiziertenfrage zum Abschluß kommt. Wenn in der Presse behauptet wird, die Regierung beabsichtige die Abschaffung des Berufsamtentums, so kann ich für mich und alle Ressortminister erklären, daß eine solche Absicht uns ganz fernliegt. (Beifall.)

Abg. Wirtz (Str.) beantragt die Interpellationen und Anträge zu dieser Frage dem Ausschuss für Beamtenfragen zu überweisen.

Ein Antrag der Deutschnationalen auf Befragung der Interpellationen erhält die Unterstützung der Deutschnationalen. Ein Mißtrauensvotum der Deutschnationalen ist nicht an die Antwort der Regierung auf die Interpellation nicht befriedigend sei. Präsident Seebe stellt unter großer Beifall die Interpellation der Deutschnationalen, die die erforderliche Zahl von 30 Abgeordneten das Mißtrauensvotum unterstügt, ab.

In der Befragung der Interpellationen begründet Abg. Seelisch (Soz.) den gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten und Deutschdemokraten. Er ist mit dem Reichsfinanzminister nicht ganz einverstanden, lehnt es aber ab, diese Frage zum Anlaß eines Konflikts zu machen. Er hofft, daß im Ausschuss eine Verständigung mit der Regierung zustande kommt und daß die Ergänzungsprüfung in Vorfall kommt.

Die Abgs. Brauns (U. Soz.) und Seelisch (D. Dem.) begründen dann ihre in gleichem Sinne gehaltenen Anträge. Abg. Dellus wendet sich dabei gegen die Ausführungen der Rechte und erklärt, der deutschnationalen Abg. Schmidt habe sich selbst als den Vater der jetzt bekämpften Ergänzungsprüfung bezeichnet (Hört! Hört!). Auf die Vaterlichkeit brauche der Abg. Schmidt nicht stolz zu sein, denn in der Mehrheit der Beamtenchaft werde die Ergänzungsprüfung nicht freudig begrüßt.

Abg. Dr. Goffe (Str.) hält eine weitere Debatte für wenig zweckmäßig. Resultate könnten nur im Ausschuss erreicht werden.

Abg. Westner (Komm.) steht in der Einführung der Ergänzungsprüfung einen Verfassungsbruch und stimmt dem Mißtrauensvotum zu.

Nach Annahme eines Mißtrauensvotums wird die Angelegenheit dem Ausschuss übergeben. Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum wird auf Mittwoch vertagt.

Das Abkommen über Deutschland, Polen und Dänien über den freien Durchgangsverkehr nach Ostpreußen wird in allen drei Lesungen genehmigt, ebenso der deutsch-polnische Annulliervertrag, sowie der Beilegenvertrag über die Herstellung des Friedenszustandes mit China, das deutsch-französische Abkommen über die Errichtung der von Elbeh-Rohrungen geleiteten anseherndlichen Kriegsausgaben und das Abkommen mit der Entente über die Grenzfestsetzung des Saargebietes.

Der Nachtragetat für 1921 wird ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Das Reichsmietengesetz geht ohne Debatte an den Wohnungsausschuss.

Dann folgt die zweite Beratung des

Mietsteuergesetz.

Der Ausschuss hat der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen zugestimmt.

Reichsarbeitsminister Brauns begründet den Entwurf. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Wohnungsabgabe sei jetzt Gemeingut geworden. Eine solche Steuer sei zwar ein Uebel, aber das kleinere Uebel unter vielen Uebeln. Wir folgen nur dem Zwange der Verhältnisse, wenn wir die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Wohnungen mit einer Abgabe belegen. Mit dem Notgesetz über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues war die Wohnungsabgabe schon gegeben und der vorliegende Entwurf ist eine Verbesserung dieses Notgesetzes. Der private Wohnungsbau kann nicht durch Freigabe des Wohnungsmarktes gefördert werden, denn sonst würden die Mieten auf das Leben- bis Zwölffache steigen. Nur wenige könnten so hohe Mieten bezahlen. Wir würden also eine große Verteuerung der Grundstücke haben, aber keine wesentliche Förderung der privaten Bautätigkeit. Die Neubautätigkeit würde sich hauptsächlich dem Bau vornehmer Villen anwenden. Uberteuerungsanschläge aus öffentlichen Mitteln sind nicht zu umgehen. Wir müssen dafür aber Deckung schaffen. Ohne Steigerung der Mieten ist ein Wohnungsbau praktisch unmöglich, selbst wenn man zur Sozialisierung des Wohnungswesens übergehen wollte. Daß die unvermeidliche Mietsteigerung reiflich den Hausbesitzern aufzählen soll, hat niemand zu fordern gemagt. Die Mieter haben auch keinen Grund zur Beschwerde gegen die Höhe der Vorlage. Sie verwenden heute einen viel geringeren Anteil ihres Einkommens für Wohnungsmiete. Die leistungsschwachen Bevölkerungsschichten wollte die Regierung möglichst von der Steuer frei lassen. Es soll für gewisse Fälle ein Erhaltungsanspruch gegeben sein, besonders bei Krankheit und Gebrechlichkeit. Die Regierung stimmt den Anträgen in dieser Richtung zu, ebenso dem sozialdemokratischen Antrag, der verhindern will, daß die mit öffentlichen Mitteln gebauten Wohnungen dem übernehmenden Bauherrn einen übermäßigen Gewinn abwerfen. Die übrigen Anträge lehnen wir ab, besonders die deutschnationalen Anträge, die Wirtschaftsgüter steuerfrei lassen wollen.

Abg. Gutschack (Dnl.) begründet den Antrag seiner Fraktion, wonach die Steuer nur erhoben werden soll von solchen Gebäuden, die zu Wohnzwecken dienen, also nicht von Wirtschaftsgebäuden. Der Redner befürchtet, daß die Besteuerung der Wirtschaftsgebäude zu einer Verteuerung der Produkte von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe führen müßte. Wir fordern Baufreiheit und Gewährung von Staatszuschüssen. Die künstliche Niederhaltung der Mieten kann nicht beibehalten werden.

Abg. Silberschmidt (Soz.) empfiehlt den sozialdemokratischen Antrag, wonach die beabsichtigten Gebäude nur dann in Privatbesitz übergeben dürfen, wenn durch geeignete Maßnahmen verhindert wird, daß der Bauherr (Eigentümer) aus der Vermietung oder dem Verkauf einen übermäßigen Gewinn erzielt. Wir stimmen der Vorlage zu, obwohl sie uns nicht befriedigt. Wir verlangen eine baldige Neuordnung des gesamten Wohnungswesens, denn mit dem vorliegenden Gesetz wird nur ein kleiner Teil der Wohnungsnot gemildert. In erster Linie werden wir für den Antrag der Unabhängigen stimmen, der den Übergang besuchsbarer Bauten an Privatpersonen überhaupt verhindern will.

Abg. Dr. Warchow (D. Sp.) begründet eine Entschließung seiner Fraktion, wonach die Gemeinden das Recht haben sollen, die zu ihrer Versorgung lebenden Mietsteuerverträge bis zur Hälfte für Zuschüsse bei Um- und Erweiterungsbauten zu verwenden. Die nach dem 1. Januar 1921 begonnenen bezugsfähigen Bauten sollen von der Wohnungsmangelswirtschaft und jeder Miets- und Wohnsteuer frei sein. Ein weiterer Antrag will solche öffentlichen Gebäude von der Steuerfreiheit ausnehmen, die einen Gewerbetrieb zum Gegenstande haben.

Abg. Hubert (U. S.) Die Vorlage will nicht den Obdauern helfen, sondern das privatkapitalistische System schützen. Die Hotelaufkäufer durch die Industrie, die Veranzugung polnischer Wanderarbeiter durch die Agrarier verschärfen das Wohnungsproblem. Der Redner empfiehlt dann den Antrag seiner Fraktion, daß die bezugsfähigen Häuser nicht in Privatbesitz übergeben dürfen.

Abg. Göttemann (Komm.) Die Wohnungssteuer ist das Muster einer ungerechten Steuer. Wir verlangen diesem Mißstand, das heute verabschiedet werden soll (Getreiteit), unsere Zustimmung, um so mehr als sozialistische Minister dafür verantwortlich sind.

Abg. Frau Berg-Brumann (Soz. Sp.) In der jetzigen Form können wir dem Gesetz in Bannern nicht zustimmen.

Es müßten die Anteile der Mieter und Gemeinderäte genau festgelegt werden.

Abg. Gahr (D. Dem.): Dem Gesetz mögen noch manche Mängel anhaften, aber es ist notwendig. Von einer Ueberlastung der Mieter kann keine Rede sein. Für Schnaps und Alkoholen wird viel mehr ausgegeben, als die Steuer ausmacht. Diese Ueberschüsse sind die Ursache für die Wohnungsnot. Die Mieter dürfen also nicht bestraft werden. Dazu werden wir andere Mittel suchen, die nicht auf dem Wege der Sozialisierung liegen. Eine Milderung wird aber erreicht werden und darum bitte ich um Annahme der Vorlage.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. § 1 wird nach Ablehnung der Änderungsanträge in der Ausschussfassung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen.

Der Rest der Vorlage wird in der Ausschussfassung mit redaktionellen Änderungen angenommen. Demso wird ein Kompromiß-Antrag der Koalitions-Parteien und der D. Sp. angenommen, wonach die oberste Landesbehörde an Stelle der Reichssteuer entsprechende Zuschüsse zur Grundsteuer erheben kann. — Die Entschließung der Deutschen Volkspartei wird abgelehnt.

Dem Zentrum ist eine Interpellation über die Grundsteuerabgabe von Ferns eingegangen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: 3. Lesung der Mietssteuer, 2. Lesung des Entwurfs über den Volkseinkommen, kleine Vorlagen.

Schluß der Sitzung 7,8 Uhr.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Der Rechtsausschuss des Reichstages verhandelte in seiner gestrigen Sitzung die Frage der religiösen Kindererziehung. Nach einem vereinigten Antrag (Soz. D. Sp.) und Dr. Rabbruch (Soz.) sollen über die religiöse Erziehung eines Kindes die Eltern bestimmen. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres soll dem Kinde die Selbstentscheidung darüber zustehen, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Der Grundgedanke des Antrages wurde vom Ausschuss gebilligt.

Im Reichstagsausschuss für Sozialpolitik bildeten die Gesandtschaften über Änderungen des Betriebsgesetzes für Angestellte und über Gewährung von Beihilfen an Rentnerempfangern aus den Angestelltenversicherungen Gegenstand der Verhandlung. Zur Verordnung der Reichsversicherungsordnung werden, wie Reichsarbeitsminister Braun ausführte, folgende Novellen vorgelegt: 1. Die Neuordnung der Versicherung der Hauptberufstreibenden (Kranken- und Invalidenversicherung), 2. die Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern hinsichtlich der Krankenversicherung, 3. das Vorkaufsrecht der Frauen in der sozialen Versicherung, 4. die Beitragssteigerungen und Leistungen in der Invalidenversicherung, 5. die Wochenruhe und Wochenfürsorge und eine Novelle zur Unfallversicherung.

Im Steuerausschuss des Reichstages wurde gestern das Gesetz betr. die Verlängerung der Kohlensteuer angenommen, jedoch unter Streichung der Bestimmung, die den Reichsfinanzminister das Recht geben soll, zum Ausgleich von Ermäßigungen für bestimmte Produktionsgebiete die Steuer für andere Produktionsgebiete entsprechend zu erhöhen.

Der Völkerbundrat zur Saargebietfrage.

Der Völkerbundrat stimmte Dienstag in gehobener Sitzung, in der die Proteste der deutschen Regierung betreffend die Anwesenheit französischer Truppen und die Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet sowie die Ausweisungen und die Einführung der Frankensprache im öffentlichen Dienste des Saarlandes verhandelt wurde, den Ausführungen des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Raoult zu. Der Präsident suchte die deutschen Proteste u. a. durch den Hinweis zu entkräften, daß die Gerichtsbarkeit der Kriegsgerichte durch ein Dekret eingeschränkt werde und daß die Ausweisungen zum Teil wieder zurückgenommen würden. In einer Erklärung vor Vertretern der Presse suchte Präsident Raoult die Anwesenheit französischer Truppen damit zu rechtfertigen, daß sie Garnisonstruppen seien und daß die von der deutschen Regierung geforderte östliche Gendarmerie für das Budget zu kostspielig sei.

Sozialdemokratische Steuerabotage.

Aus Berlin schreibt man uns:

Die haben die Sozialdemokraten sich mit der Annahme des Ultimatus als Reiter Deutschlands gebühret, wie unendliche viele Fortwärtse wurden von der Linken gegen die bürgerlichen Parteien gerichtet, die es nicht verantworten zu können glaubten, daß man die Forderung der Entente annahm, ohne zu wissen, wie man zahlen sollte. Jetzt, bei der ersten Steuer, die mit zur Deckung der Forderung aus dem Ultimatum beitragen soll, da verlag die Sozialdemokratie. So nah wie diese Taktik ist auch ihre Begründung. Einfach weil die Sozialdemokratie erst einmal das ganze Steuerbudget sehen will, um im Fußhändel eine erwünschte Steuer gegen eine unerwünschte umhandeln zu können. Auf diese Weise kommen wir nicht weiter. Die Regierungsparteien haben zu allererst die Pflicht, die Vorlagen ihrer eigenen Parteimänner doch wenigstens sachlich zu beraten. Aber obwohl die Regierungspartei ist, nimmt die Sozialdemokratie sich das Recht heraus, Opposition zu treiben. Ihr paßt es nicht, daß sie nicht wie bisher, wenn sie in der Regierung saß, unumstößlich herrschen konnte. Noch immer schweben die Sozialisten künftige Wahlen vor und sie möchten sich die Gelegenheit nicht verstreuen, dadurch, daß unpopuläre Steuern, wie es die Jüdersteuer unpopulär ist, ihre Wahlschlacht führen. So wenig sachlich ist also die heutige Parteipolitik, daß sie sich auf künftige eventuelle Möglichkeiten eine gute Agitationsparole vorbehält, ganz gleich, wie schwer dadurch der Staat geschädigt wird. Die Verschlebung der Jüdersteuer ist nämlich nicht unbedenklich, weil jeder Tag der Verzögerung der Reichskasse einen Ausfall von 4 Millionen Mark bringt. Wenn jede Partei vor allem die Oppositionsparteien, die ein bedeutend größeres Recht zur Steuererweiterung haben, nach der Methode der Sozialdemokratie arbeiten wollten, so wäre es schlecht mit den Reparationszahlungen bestellt. Alle Bemühungen der anderen Fraktionen, zu einer sachlichen Beratung des ersten von der Regierung vorgelegten Steuerentwurfs zu gelangen, auch alle Hinweise darauf, daß bereits die Jüdersteuer vor der Annahme des Ultimatus geplant sei, nutzte nichts. Der sozialdemokratische Vertreter, Abg. Dr. L., blieb dabei, daß die Jüdersteuer für seine Partei im gegenwärtigen Augenblick nicht diskutierbar ist.

Worauf das sozialdemokratische Beginnen hinausläuft, wird klar. Man will zunächst die außerordentlichen direkten Steuern unter Dach und Fach bringen und den Rest bis zum äußersten ansammeln. Wenn anschließend es nicht anders geht, dann wird man sich vielleicht bereit finden lassen, noch geringe indirekte Steuern mitzulassen zu lassen. Aber die Sozialdemokratie will es auf jeden Fall vermeiden, sich durch Annahme indirekter Steuern des Abwärtens für die Wahl an die sie noch immer denkt.

nicht weiter zu lassen. Man sieht nämlich auf sozialdemokratischer Seite voraus, und rechtens ganz richtig, daß die gegenwärtige Situation nicht ausreicht, um mit wechselläufigen Arbeiten zu können. Und daß es ein allzu großes Risiko ist, die Verantwortung für die vielen Schäden der Regierung mitzutragen. Dennoch ist man in seiner Bereit, irgendwelche politische Konzessionen zu machen, durch die die Regierung eine breitere Basis in den Parteien finden würde. Es ist aber ein arges Rechenfehler, wenn die Sozialdemokratie durch ihr Verhalten die Opposition zwingen will, die Regierung zu unterstützen, während sie sich selbst feindlich. Es wird es nicht geben. Die Parteien der Rechten haben gar keine Verantwortung, sich dadurch hervorzutun, daß sie die Mittel für die Reparationszahlung bewilligen, während sie die Annahme des Ultimatus mit gutem Grunde abgelehnt haben, weil die deutsche Wirtschaft eben nicht so leistungsfähig ist, die ungeheuren Lasten zu tragen.

Sächsischer Landtag.

am 21. Dezember, 21. Juni.

Präsident Heßdorf eröffnet die Sitzung morgens kurz nach 8 Uhr. Es wurden an erster Stelle die in voriger Woche und gestern auf Dienstag verschiedenen Bestimmungen vorgelesen. Zunächst sollte nach einer langen und scharfen Debatte über die nachmalige Beschlußfassung über den Teil der Vorlage 40 betr. die Neuordnung der Kinderzulagen der Einheitsbeamten hinsichtlich der Beibehaltung derselben, ab 1. Juni 1921, oder 1. Lebensjahr, sowie hinsichtlich des Beginnens der Rückzahlung, ab vom 1. April 1920 oder vom 1. Januar 1921, erfolgen, die jedoch nach Einbringung eines Antrages Dr. Wagner (Deutschnal.), eine dritte Lesung vorzunehmen, abgemacht abgelehnt wurde, um eine Klärung wegen der Zulässigkeit des Antrages Wagner, die von den Linken lebhaft bestritten wurde, herbeizuführen.

Es folgte dann die Abstimmung über die Anträge zur Vorlage 81 (Entwurf eines Staatsbankgesetzes), und zwar Antrag Eberle (Deutschnal.), die Errichtung von Villalen und Depositionskassen in Orten unter 50 000 Einwohnern von der Genehmigung des Landtages abhängig zu machen, und Antrag Reichhammer (Deutsche Sp.), den § 21 des Gesetzentwurfes, die Steuerfreiheit der Bank betr., zu streichen. Der Antrag Eberle wurde in namentlicher Abstimmung und der Antrag Reichhammer in einfacher Abstimmung abgelehnt während Antrag Müller (D. Sp.), im § 2, Abs. 2 die Bestimmung einzufügen, daß die Errichtung von Depositionskassen von der Zustimmung des Beirates der Bank abhängig gemacht wird, angenommen wurde. Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Weiter wurden bei Vorlage 21 (Gesetzentwurf über das Steuerrecht der Meistbegünstigten Religionsgesellschaften) die gesamten Kinderbeiträge mit 47 sozialistischen gegen 45 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Der Entwurf wurde abgelehnt mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Dasselbe Abstimmungsverhältnis genoss die weiteren auch den Ausschussantrag Partei und Gen. betr. die Maßnahmen der Regierung gegen Ausnahmemaßnahmen der Friedrichsvereinigungen gegenüber Ackerbauern.

Abgelehnt wurde mit 47 gegen 46 Stimmen der Antrag Müller und Gen. auf Vermittlung des Antrages Dr. Mühlmann und Gen. betr. die Aufhebung des Sachverordnungs-Kollegiums von Ehrenfriederode an den Rechtsausschuss, sowie der Antrag Brüller und Gen. betr. die Zulassung der Aufhebungsklage gegen erstinstanzliche Entscheidungen des Ministeriums des Innern an denselben Ausschuss. Abgemacht genehmigte das Haus eine Anzahl dringlicher Anforderungen an Staatsparteln. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Kurze Anfragen, Antrag Müller und Gen. über die Hoflage der Reservisten sowie eine weitere Anzahl Anträge, Entwurf eines Gebarmengesetzes, Vorlage über die Rollen der Kriegsverweigerer und Gewährung einer Beihilfe an den Stod der Blinden und Schwachmütigen an der Landesanstalt Gernitz. — Eine weitere Vollstufung findet nächsten Freitag statt. In der nächsten Woche finden am Montag und Dienstag keine Sitzungen statt, um den Ausschüssen Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiten zu beenden. Die Schlußsitzungen des Landtages sind für Mittwoch und Donnerstag nächster Woche vorgesehen.

Bemerktes.

Schneefall im Riesengebirge. Im Riesengebirge ist in vorletzter Nacht bei 2 Grad Rote harter Schneefall eingetreten. Das Gebirge ist auf 900 Meter herab vollständig verschneit.

Goldensand in Oberschlesien. Aus Neudorf wird gemeldet: In verschiedenen Orten hat sich die auf den Goldensand lagernde Staubstaube entzündet. Die Gefahr, daß die Goldensandbrände sich zur Katastrophe auswachsen, wird von Tag zu Tag größer. — Auch in Hindenburg sind infolge der völligen Verkehrsstockung auf den Straßen und Rollbahnen die Staubstaube überflutet. Die Förderung der Gruben muß daher eingestellt und zahlreiche Kohlenbatterien müssen fast gestillt werden. Einige Kohlenbatterien sind bereits in Brand geraten.

Die Kartenspieler im Erbgräbnis. Aus Königsberg wird dem „N. Z.“ berichtet: Ein Besucher einer alten und lange nicht mehr benutzten Königsberger Begräbnisstätte, die einst ein Park für sich und seine Familie hatte anlegen lassen, entdeckte eine Rauchkugel, die über dem Erbgräbnis schwebte. Als er neugierig näher trat, bemerkte er zunächst in einer Ecke der Begräbnisstätte einen Ofen, dessen Rohr ins Freie geführt war. In der Mitte des Raumes aber stand ein Tisch, an dem drei Männer saßen und Karten spielten. Die „Königsberger Zeitung“ entsetzt sich mit Recht über diese Verhältnisse. Richtiger aber wäre ein Hinweis gewesen, daß die Wohnungsnot in Königsberg so groß ist, daß sie Leute dazu zwingt, sich in alten und halb verfallenen Erbgräbnissen wohnlich einzurichten.

Der Schatz im Aker. Im Dorfe Basenberg bei Rassel fand man bei Ausschachtungsarbeiten auf einem Grundstücken des Bürgermeisters einen Kasten voll Gold- und Silbermünzen, die einen bedeutenden Wert darstellten. Aus einer Aufschrift ging hervor, daß das Geld im Jahre 1917 vergraben worden ist, als allgemein zur Ablieferung des Geldes und Silbers an die Reichsbank angefordert wurde. Der Eigentümer ließ sich aus dem Funde nicht feststellen und hat sich auch bis jetzt nicht gemeldet.

30000 Pferde erschossen. Die englische Regierung hat den Beschluß gefaßt, den Bestand der Armeepferde in Mesopotamien von 47000 auf 17000 Pferde herabzusetzen. Die restlichen 30000 Pferde werden einfach erschossen. Lord Curzon rechnete dem Parlament vor, daß es sich nicht lohne, die Pferde nach den Wäldern von Indien oder Ägypten bringen zu lassen, da dies einen Kostenanstieg von 15000 Pfund Sterling an einem Tag aus für die Begleitmannschaften verursachen würde, wozu noch Transportkosten von 40-50 Pfund Sterling für jedes Pferd kommen würden. Die 30000 Pferde repräsentieren einen Wert von 30 Millionen Mark.

Schneid, sowie alle anderen (S) mit wie Brauns, Wibra, Lederwaren (S) mit wie Brauns, Wibra, Wilhelm Brauns, G.m.b.H., Quodlinburg, Verl. des Ostschloß Nr. 2.